

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes  
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: Wilh. Köhling in Düsseldorf,  
Corneliusstr. 66. Beiträge, keine Beiträge u. sind  
zunächst an den betr. Bezirksvorstand einzuliefern.  
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei  
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. E.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden  
Samstag und kostet vierteljährlich 75 Pfg.; durch  
die Post bezogen 90 Pfg. Expedition und Druck  
von Joh. van Aken in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66.  
1906/07 Fernsprech-Nr. 1358. **REDAKTION**

Nr. 8. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 24. Februar 1906. Fernsprech-Nummer 2423. 8. Jahrgang.

## Zur Neutralität der „freien“ Gewerkschaften.

Die Diskussion über diese Frage schien bereits abgeschlossen. Nachdem der Vorsitzende des Kölner Gewerkschaftskongresses, Herr Bömelburg, unter der Zustimmung der Kongreßteilnehmer erklärt hatte, daß „freie“ Gewerkschaften und Sozialdemokratie eins seien und eins bleiben würden, war den „freien“ Gewerkschaften gewissermaßen die Marschroute vorgezeichnet. Mit zynischer Offenheit wurde denn auch von großen und kleinen Agitationsrednern die Personalunion zwischen den beiden Richtungen zugefanden. Sie glaubten den Zeitpunkt gekommen, wo sie das ohnehin zerfetzte & ultrakatholisch-mittelständische Volk entbehren konnten. Inzwischen traten aber Ereignisse ein, welche eigenartige Schlaglichter auf die Gewerkschaftsneutralität der „einzigen Arbeiterpartei“ warfen. Trotz der feierlichen Versicherung der Gewerkschaftsführer, daß sie mit der Partei eins seien, wurde von der letzteren ein wahres Heffeleben gegen die Gewerkschaftsführer veranstaltet. Die Gewerkschaftsführer hatten es gewagt, in den Fragen der Weisheit und des Generalfortschritts eine vom Parteivorstand abweichende Meinung zu bekunden. Dieser Frevel mußte natürlich bitter geahndet werden. Die Gewerkschaftsmitglieder wurden gegen ihre eigenen Führer aufgehetzt. Das Treiben gewisser Parteigrößen entlockte der sozialdemokratischen „Bergarbeiterzeitung“ u. a. folgende Schmerzensstöße:

„Zu allem kann und darf ein Gewerkschaftler nicht stillschweigen, wenn er auf seine persönliche Ehre auch nur ein wenig Gewicht legt. Wir wollen überlegen, daß einige Parteimitglieder (durchaus nicht alle) die Gewerkschaftsdelegierten wie dumme Jungen abkanzeln, von „Verachtung der Theorie“, „glänzender Borniertheit“, „schlechter Heberei“ u. s. w. reden, in höflicher Weise den Gewerkschaftsführern, die eine jahrzehntelange opferreiche und erfolgreiche Arbeit hinter sich haben, den Rat geben, mehr den Statutparagrafen zu beachten, der von der „geistigen Führung der Mitglieder“ spricht.“

„Gegenüber wir aber protestieren müssen, das ist für den einzigen Parteimitgliedern demagogisch unternommene Versuch, die „Waffe“ gegen die „Führer“ aufzuheben, indem man die Mitglieder ihre gewählten Organisationsleiter als Personen demagogisch, die sozusagen ihr persönliches Wohlbehagen den Bedürfnissen der Arbeiterbewegung voranstellen. Dieser „Appell an die schwelche Faust“ entbehrt allerdings auch nicht ganz der Komik, wenn man weiß, welche Leute vorzüglich sich herausheben, die ohne Ausnahme der Arbeiterklasse (das Wort im engeren Sinne genommen) angehören: „Gewerkschaftsbeamten“ auf den „richtigen Weg“ des proletarischen Klassenkampfes zurückzuführen. Das ist Aufhebung der gewerkschaftlichen Disziplin, d. h. der Befehl der Gewerkschaften, schließlich die Folge solcher „Appellationen“ sein kann, was freilich diejenigen „Theoretiker“ nicht läßt, die in der Gewerkschaftsneutralität nur „Ehrgeizarbeit“ (unselbige, zweifelhafte Arbeit) erblicken. Aber wir Arbeiter werden unsere gewerkschaftlichen Organisationsleiter gegen jeden Angriff verteidigen, mag er kommen, woher er will.“

Die Notwehr, der Selbsterhaltungstriebe, zwang die Gewerkschaften, gegen die Demagogik der sozialdemokratischen Partei, ihrer „einzigen und wahren Freundin“, zu protestieren. Sehr bald mußten die widerspenstigen Gewerkschaftsführer aber erkennen, daß sie einen Kampf gewagt, der über ihre Kraft ging. Der Appell an die „schwelche Faust“ hatte seine Wirkung nicht verfehlt. Namentlich zum Ausdruck zu bringen. In den „Sozialistischen Monatsheften“ hat Leimpeters die Parteigrößen:

„Überlasse man es doch dem Bergarbeiterverbände, diejenige Taktik einzuschlagen, die er für die richtige hält, und das ist die bis jetzt erfolgste. Sehe man doch nicht Gekasper und rede man nicht von einer Schwächung der Partei, die doch nur Vorteil durch die Verbandsneutralität hat.“

Wollends in Demut erstehend, erblickte das Organ des „freien“ Schuhmacherverbandes in der praktischen Gewerkschaftsarbeit eine Gefahr für die sozialdemokratische Partei. Es schrieb:

„daß gegenwärtig bevorratete Meinungsverschiedenheiten bestehen (zwischen Taktik und Theorie der Arbeiterklasse) ist nicht zu bestreiten, es ist auch nicht zu verkennen, daß durch die immer mehr hervortretenden praktischen Aufgaben, die zu lösen die Gewerkschaftsorganisationen berufen sind, die Gefahr besteht, daß die Arbeiterbewegung in rein reformatorisches Fahrwasser gerät, wenn nicht als Ausgleich ein starkes Gegegenwärtig geschaffen wird.“

Der freche Hebermut der „dummen Jungen“ (Gewerkschaftsführer) war gebrochen. Nur Verhänger bellerte weiter und wurde dafür von der „Leipziger Volkszeitung“ in den großen Wahn getan. Ein besseres Betragen, als das „Schuhmacherdikt“ es an den Tag legte, verlangte auch die „Leipziger Volkszeitung“. Dem Prinzipienwächter Franz Wehring war bereits angst geworden vor der „geistigen Verfeinerung“ der Gewerkschaften. Richtiger, praktische Gewerkschaftsarbeit war der „Leipziger Volkszeitung“ stets ein Gräuel. Sie hält es mit der Rosa Luxemburg, welcher „der revolutionäre Geist wichtiger ist als Organisation und Disziplin.“ Aus diesem Grunde will die „Leipziger Volkszeitung“ auch nichts von Tarifverträgen wissen und ermuntert die Arbeiter zum Streik unter Kontraktbruch. In Nr. 41 vom vorigen Jahre brachte sie einen Artikel „Zum Kapitel Gewerkschaftsbewegung“. Derselbe zeigt so recht, daß die Übertragung der sozialdemokratischen Ideen auf die Gewerkschaften den Ruin derselben bedeutet.

Die Furcht vor Begehung eines Kontraktbruchs — so heißt es darin, — bildet meines Erachtens eine ernsthafte Gefahr für unsere Partei, sie bedeutet einen gefährlichen Rest bourgeoisen Empfindungslebens in unserer Arbeiterschaft. Ein derartiger Standpunkt, in logischer Konsequenz weiter gedacht, führt zur völligen Verleugnung nicht nur des Klassenkampfgedankens, sondern der sozialen Revolution selber. (Im Original selbst seit gedruckt.) Eine soziale Revolution, die darauf warten muß, bis in allen Gewerkschaften die „Friedensverträge“ abgelaufen sind, ist ein sehr unselbständiges Dingchen. Wir aber müssen uns an den Gedanken gewöhnen, daß wir nur dann an unser Ziel gelangen können, wenn wir die legale Fülle des Gegenwartsstaates sprengen. Durch Tarifverträge läßt sich keine bürgerliche Gesellschaft zur Umwandlung zwingen. Zum Tausch mit den Tarifverträgen, wenn die, welche sie schließen, ihnen die bindende Kraft anbrachten, den hellen Schritt des revolutionären Proletariats den bourgeoisen Werten der Vertragstreue zuliebe auch nur eine Minute aufzuhalten.“

Zum Tausch also mit jeder Besserung der Lage des Arbeiterstandes, wenn das revolutionäre Prinzip des Klassenkampfes Gefahr läuft! Besser ist, daß die Arbeiter immer mehr verstehen, ihre Lebenshaltung gebührt wird, sie in schlechten Behausungen leben, Frau und Kinder Not leiden, als daß irgendwie durch die praktische gewerkschaftliche Gegenwartsarbeit in Tarifgemeinschaften der Klassenkampf Weintrübseligkeit erfährt. Zu dieser geradezu wahnsinnigen Logik steigert sich der sozialdemokratische Parteisanatismus.

Die Schicksalhaftigkeit bevorrateter Erziehung wird für die Gewerkschaften erst recht sichtbar in Zeiten schwerer Kämpfe. Wenn die Führer ohnehin genug zu tun haben, die Massen zur Ruhe und Besonnenheit zu ermahnen, dann tritt der unheilvolle Einfluß der sozialdemokratischen Erziehung so recht zutage. „Erfreut den Abbruch von Tarifverträgen“, so predigen die Gewerkschaftsführer den Mitgliedern. „Zum Tausch mit den Tarifverträgen“, so predigt die „Leipziger Volkszeitung“. Unselbständige Massen hören nur zu leicht dem radikalen Schreier und laufen hinter ihm her. Dies zeigte sich so recht bei der Auslieferung der Berliner Elektrizitätsarbeiter. Die zur Ruhe und Besonnenheit mahnenden Führer wurden von den fanatischsten Massen als Verräter und Verräter tituliert. Die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ wirft den Parteigrößen vor, daß sie durch ihre „Aufklärungsarbeit“ die gewerkschaftliche Disziplin untergraben und die Mitglieder gegen ihre eigenen Führer aufhetzen. Sie schrieb:

„Wenn selbst hervorragende Parteigrößen, wie Bebel, sich nicht scheuen, von Arbeitern in gehobener Lebensstellung zu reden und damit anzudeuten, daß diese das proletarische Denken und Fühlen verlernt haben, wenn Leute wie Richard Fischer, der in der Arbeiterbewegung für die Partei nicht ganz unerfahren ist, von den Gewerkschaftsführern als Klassenmenschen spricht und andeutet, daß deren Idealismus nur mit ihrer Klasse steht und stirbt, wenn man dann noch andere aus bürgerlichen Kreisen zur Arbeiterbewegung übergetriebene Schrift-, Rechts- und sonstige Gelehrte, die obwohl aus anderem Holze, ja selbst „proletarisch denken und fühlen können“, in dasselbe Horn blasen und es „wissenschaftlich“ begründen, ist es geradezu unaussprechlich, daß dadurch die wissenschaftlich-lebendige nicht durchgeleitete und auch nicht immer zum Nachdenken erregten Arbeiter nach dieser Richtung hin so hart heimlich werden, daß sie ihre Führer in gleicher Weise einschätzen. Grundrührt sich diese lässlich gefasste Mißstimmung gegen die delegierten Beamten, dann aber auch gegen alle übrigen Gewerkschaftsfunktionäre und Mitglieder, die sich mit deren Taktik einverstanden erklären. Ist es doch schon förmlich gekommen, daß in Berlin derjenige, der mit einem an erster Stelle stehenden Beamten verkehrt, Gefahr läuft, als minderwertig, als „Schleimer“ (wie die geschmackvolle Bezeichnung im Berliner Jargon lautet) angesehen zu werden. Muß das nicht dazu führen, daß selbst in verantwortlicher Stellung befindliche Verbandsfunktionäre sich überhaupt nicht gegen die Stimmung zu wehren getrauen oder der Menge nach dem Munde zu reden? Wir müssen nicht überbäumen der Rosa Luxemburg: „Der revolutionäre Geist ist wichtiger als Disziplin und Organisation“, jede Disziplin untergraben? Und kann dann irgend eine politische Partei ohne Disziplin auskommen? Und wieviel nötiger ist dann aber Strafe Disziplin für eine Gewerkschaft! Für sie, die täglich Schlachten zu schlagen hat, ist Disziplin geradezu Lebensbedingung, und deshalb ist die in der gewerkschaftlichen Weise betriebene „Aufklärung“ unverantwortlich, um nicht zu sagen gefahrlos.“

Der bekannte Führer des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, Otto Hue, führte gelegentlich in einer Gerichtsverhandlung aus, daß gegenüber den „freien“ Gewerkschaften und der Sozialdemokratie eine ideale, aber keine tatsächliche Gemeinschaft bestünde. Hue ist bekanntlich ein Verfechter der Neutralitätsidee in den „freien“ Gewerkschaften — aus Zweckmäßigkeitsgründen, wie er selbst bei verschiedenen Anlässen versichert. Auch in der sozialdemokratischen „Dortmunder Arbeiterzeitung“ hatte Hue in zwei Artikeln den Nachweis zu führen versucht, daß die tatsächliche Klugheit es den „freien“ Gewerkschaften gebiete, in Rheinland und Westfalen die Neutralitätsidee zu vertreten. Dafür wird er von einem eigenen Parteigenossen als Lügner bezeichnet. In Nr. 27 der sozialdemokratischen „Dortmunder Arbeiterzeitung“ schreibt derselbe u. a.:

„Wenn diese Taktik verfehlt und widerspruchsvoll ist, so ist es jene der Neutralitätsklärung durch hervorragende Sozialisten.“

Es ist eine erwiesene Tatsache, daß gerade jene Verbände am stärksten dastehen, die ihre Farbe offen aussprechen. Bekannt wird doch dem Antifaschisten, als dem geborenen Wesen und internen Kenner der geistigen Verhältnisse sein, mit welcher Kontinuität die „freien“ bei jeder Gelegenheit auf der Linie stehen, wenn der Antifaschist auf der Linie zu stehen, daß wir gegenüber den politischen Parteien „neutral“ seien. Mit Recht werden solche Verwechslungen von jenen gemacht und an den Bräutigam geschickt! Freimütig, bei jenem Antifaschisten, mit der Wahrheit nicht hinter dem Berge gehalten, ringt dem Gegner und indifferentem Arbeiter Achtung und Vertrauen ab. Immer noch aber ist die Bemerkung gemacht, daß unser Hebermut mehr Gehör in gegnerischen Versammlungen fand, wenn er sich die Mühe machte, auseinanderzusetzen, daß die gewerkschaftsbewegungs- insofern der ökonomischen Entwicklung zum Sozialismus führe und daß Gewerkschaft als sozialdemokratische Partei sich ergänzen müsse, als wenn er die freien Gewerkschaften „rein“ von jedem sozialistischen Saug zu waschen versuchte.

Dieser „Gimpelzug“ ist stets schnell durchsichtbar und sehr un- und Spott ist die Antwort. Wozu denn die „Wohle? Täglich und stündlich werden wir als Sozialdemokraten hingestellt. Und der Sozialist will es abtun!“

Diese rückhaltlose Anerkennung des sozialdemokratischen Charakters der „freien“ Gewerkschaften beruht hauptsächlich auf der Schlangeneindringung und „Gimpelzug“ des Herrn Hue. Geizig sind die „freien“ Gründe“ des Herrn Hue wohl überlegt. „einzige Arbeiterpartei“ hat ihre Feindschaft gegenüber den gewerkschaftlichen Bestrebungen zu un und unverkennbar gezeigt. Dadurch sind die Arbeitermassen mißtrauisch geworden. Die Sozialdemokratie läßt den „freien“ Gewerkschaften nur dann Wohlwollen angedeihen, wenn die Gewerkschaften willenlos unter das Parteidogma beugen und praktischen Erfolge jahrgelänger Organisationsarbeit zugunsten der revolutionären Phrasenbrecherei ent. Trotzdem wagen die „freien“ von der Möglichkeit einer einigen deutschen Gewerkschaftsbewegung zu reden und den christlichen Gewerkschaften die „Wohleberechtigung“ abzuspreden. Wie sieht es aber erst mit der

### religiösen Neutralität

„freien“ Gewerkschaften aus? Der Vorsitzende der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften, hat bekanntlich in Köln beauptet: „Unsere Mitglieder sind antikreligiös, weil sie in religiöse Menschen geworden sind.“ In Vertreten des „Neutralitätsstandpunktes“ gab eine Erklärung nicht in den Raum. Auf der Generalkonferenz des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes wurde gegen Regien der Vorwurf erhoben, daß er mit seiner Erklärung den christlichen Gewerkschaften Waffen geliefert habe. Regien führte zu seiner Verteidigung aus:

„Es ist dem nicht wahr, daß derjenige Teil unserer Mitglieder, der irreligiös geworden ist, der vernünftigste und energischste ist? Dann sollen wir es auch aussprechen. Ich selbst habe eine strenge, katholische Erziehung durchgemacht und kenne die katholische Priesterschaft und die Führerschaft der christlichen Gewerkschaften ganz genau, und ich muß erklären: den Anspruch von Köln würde ich mit vollem Bewußtsein jederzeit wiederholen. Wenn wir uns an die Wahrheit halten, gewinnen wir nicht nur Mitglieder, sondern einen festen Stamm und erziehen die Mitglieder zu vernünftigen Menschen. Im Ruhrgebiet insbesondere liegen die Verhältnisse doch so, daß diejenigen, welche einer freien Gewerkschaft beitreten, mehr oder weniger mit der Kirche gebrochen haben.“

Demgegenüber vertrat Verbandsvorsitzender Sachse den „Neutralitätsstandpunkt“. Sachse hofft allerdings dasselbe Ziel, wenn auch auf Umwegen, zu erreichen. Er führte aus:

„Wenn wir erst unsere Kameraden zu denkenden Menschen gemacht haben, wird der größte Teil schon von selbst seine religiösen Anschauungen radikal revidieren. Der denkende Arbeiter ist nicht mehr Bessentrecht. Ich hätte deshalb gewünscht, daß Regien den Anspruch nicht getan hätte, wenn er auch nicht so schlimm ist, denn Regien ist ja kein Gewerkschaftspapst. Gerade beim Bergmann spielt die Religiosität eine große Rolle, da der Bergmann zu oft dem Tode ins Auge zu schauen hat und sich deshalb an den Gottesglauben klammert. Deshalb fahren wir besser, wenn wir diese Frage ganz ausschalten und uns unnötige Kämpfe ersparen.“

Wirklich nette Neutralitätsbegriffe. Der „Genosse“ in der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ würde sagen: Dieser Gimpelzug ist stets schnell durchsichtbar und sehr un- und Spott ist die Antwort. Dieser Antifaschist scheint auch der „Zimmerer“, das Organ des sozialdemokratischen Zimmerverbandes zu sein, welcher in einem Artikel, überschrieben „Arbeiter und Kirche“, seine Mitglieder zum Massenaustritt aus der Kirche wie folgt auffordert:

„Es ist ja auch verständlich, daß der Arbeiter noch einer Gemeinschaft angehören soll, die alles tut, um in der Erreichung seines Rechts zu hindern. Wir fordern vom Arbeiter, daß er die bürgerliche Presse aus der Wohnung weist. Mit noch wie größerem Rechte ist zu verlangen, daß unsere Gewerkschaft sich nicht damit brüsten dürfen, die weitaus meisten Arbeiter seien ja so „kirchlich“ und „religiös“ geistig, daß sie treue Söhne der Kirche bleiben. Das ist Widerspruch zu sich selbst sein Wort braucht darüber verworfen werden, daß Pfaffenlehre nicht Religion in dem Sinne ist, indem auch vereinzelte Parteigenossen sie anerkennen wollen, nämlich in Sinne der Verehrung vor dem großen Walter der Natur, in deren tiefster Geheimnisse wir immer noch nicht einbringen vermögen. Wer an der Religion in diesem Sinne festhalten will, der muß erst recht aus der

„Kirche austreten.“ Und zum Schluß heißt es: „Wenn und wo deshalb in den Kreisen der Arbeiter der Gedanke laut wird, durch einen Massenaustritt aus der Kirche gegen die Reaktion, gegen Volksverdummung und Volksentwertung zu protestieren, kann bleibe keine zurecht. Außerhalb der Kirche ist Licht und Luft, in ihr dumpfe Finsternis und Gaudium.“

In diesen Zeiten kommt der blindwütige Haß gegen die christlichen Religionsgemeinschaften zum Durchbruch.

Dies alles wird aber die Vertreter der „freien“ Gewerkschaften nicht abhalten, bei passender Gelegenheit das Märlein von der „Neutralität“ der „freien“ Gewerkschaften zu erzählen. Die christlich und nationalgefeimten Arbeiter werden ihnen schon die richtige Antwort geben.

## Selbständige Organisationen der Arbeiterinnen?

Im Gegensatz zu den Vertretern der „Muttergewerkschaften“ hatten wir im vorigen Artikel festgestellt, daß für unsere Arbeiterinnen „Muttergewerkschaften“ nicht ohne weiteres beizubehalten werden können, wenigstens nicht in der Form, wie sie als vollständig selbständige Organisationen gedacht worden sind. Aber wir hatten zugleich bemerkt, daß das vorläufig nicht geschehen könne und damit schon ausgesprochen, daß wir kein Prinzip für alle Zeiten aufstellen wollen. Die Erziehung des Weibes zu der ihm zukommenden Selbständigkeit muß eben auch in der Gewerkschaftsbewegung erstrebt werden. Endlich hatten wir noch hinzugefügt, daß die Form einer Organisation Rücksicht auf die Eigenheit der weiblichen Natur nehmen muß.

Es fragt sich nun, wie ist es innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit der Organisation der weiblichen Arbeiterin zu halten, um die genannten Grundsätze zu verwirklichen? Mühen wir andere Wege einschlagen, oder muß das, was wir haben, nur ausgebaut und vervollkommen werden, oder was muß geschehen?

Die für die christliche Gewerkschaftsbewegung in Betracht kommenden weiblichen Personen können wir in zwei Hauptklassen einteilen:

1. Die Arbeiterinnen der Hausindustrie.
2. Die Fabrikarbeiterinnen.

Bei den letzteren werden wir mehrere Unterarten unterscheiden müssen.

1. Die Heimarbeiterinnen haben bekanntlich den christlichen Gewerksverein der Heimarbeiterinnen. In zwei Gruppen teilt sich diese Organisation, in die für die Bekleidungsindustrie und in die für verschiedene Berufe. Wer die Namen der Vorstandsmitglieder in den einzelnen Ortsgruppen überblickt, findet sofort heraus, daß Damen aus den nicht arbeitenden Ständen weitgehend dem Einflusse nach das Übergewicht haben. In der Regel ist das Amt der Vorsitzenden und besonders das der Schriftführerin in der Hand einer Nichtarbeiterin. Besonders sind auch die Lehrerinnen zahlreich an der Leitung beteiligt. Zur Zeit wurde auf dem Münchener Kongreß von einem der Gewerkschaftsführer die Bemerkung gemacht, „wir nehmen die Mitarbeit der Damen nur so lange, bis wir sie endlich entbehren können“. Der Sprecher hat damals wahrheitlich gemeint, die nötige Arbeit im Gewerksverein der Heimarbeiterinnen sollte dereinst entweder von den Mitgliedern selbst verrichtet werden oder von den Angehörigen der übrigen Gewerkschaften. Ich möchte nach den von mir gemachten Erfahrungen bezweifeln, daß sich dieses Ziel jemals erreichen läßt. Ich habe selbst damals dem Sprecher zugestimmt, und es auch wirklich für möglich gehalten, daß wir sehr bald soweit kämen. Dieses „sehr bald“ halte ich aber jetzt nach einer reiflichen Prüfung für ausgeschlossen. Nehmen wir an, es sei im allgemeinen möglich, die Arbeiterin zu einer solchen geistigen Selbständigkeit emporzuheben, daß sie der Leitung einer Organisation fähig würde. Selbst für diesen Fall muß ich sagen, für die Heimarbeiterin fällt letztere Möglichkeit fort. Das bringt eben die Hausindustrie als solche mit sich. In seiner Broschüre „Die Hausindustrie“ (Verlag des Volksvereins für das kath. Deutschland, M.-Gladbach, Preis 1 Mk.) weist Heinrich Koch nach, daß die Hausindustrie das Beschäftigungsgebiet der weniger arbeitsfähigen Personen ist. Schon der Umstand, daß die in der Hausindustrie beschäftigten Personen zu 45,14 pCt. dem weiblichen Geschlechte angehören, deutet auf eine gewisse Minderwertigkeit dieser Industrie gegenüber anderen Industriezweigen hin. In der Bekleidungsindustrie ist der Anteil der weiblichen Personen noch geringer. Was aber noch mehr in Betracht kommt, ist das Alter der Beschäftigten. Die Hausindustrie weist für alle über 40 Jahre hinausgehenden Altersklassen einen weit höheren Anteil auf als die Gesamtindustrie. In der Hausindustrie gibt es 60-70jährige doppelt so viel als in der Gesamtindustrie, und über 70-jährige dreimal so viel. Folgende Tabelle veranschaulicht das noch mehr:

| In der Altersklasse unter 14 Jahren | entfallen auf 100 Gesamtbeschäftigte | entfallen auf 100 Beschäftigte in der Industrie |
|-------------------------------------|--------------------------------------|---|
| 14-20 Jahre                         | 0,47                                 | 0,48  |
| 20-30                               | 12,46                                | 21,38   |
| 30-40                               | 23,29                                | 28,03   |
| 40-50                               | 20,88                                | 21,14   |
| 50-60                               | 17,08                                | 14,57   |
| 60-70                               | 13,84                                | 9,17  |
| 70 u. mehr Jahre                    | 8,42                                 | 4,06  |
|                                     | 3,56                                 | 1,10  |

Dominant werden also die arbeitskräftigen Arbeiter mehr in der Fabrikindustrie verwendet. In der Hausindustrie finden diejenigen noch eine Unterstufe, die sonst kaum eine Beschäftigung mehr erhalten können. Die hausindustrielle Produktionsweise ist eben in zahlreicher Berufszweigen technisch so einfach und stellt an die Körperkraft so geringe Anforderungen, daß Personen, die für fabrik- und handwerksmäßige Arbeit nicht mehr tauglich sind, in der Hausindustrie noch recht gut verwendbare Arbeitskräfte abgeben. (Koch a. a. O.)

Dazu kommt noch Eins: Die häufige Beschäftigung der Kinder in der Hausindustrie. Zahlenmäßig läßt sich das nicht feststellen, da nur diejenigen Kinder gewerblich gezählt werden, welche im Hauptberufe in der Hausindustrie arbeiten. Einige Schätzungen lassen sich jedoch ziehen aus den Resultaten der vom Reichsstatistikdirektor Fürst Hohenlohe 1898 angeordneten Erhebung über die außerhalb der Fabrik gewerblich tätigen Kinder. Danach waren 306 823 Kinder außerhalb der Fabrik beschäftigt. Daß hiervon eine große Zahl auf die Hausindustrie entfällt, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Bezirke, für welche die meisten Kinder festgestellt werden, auf die Hauptstädte dieser Industrie entfallen. (Schlesien, Sachsen, Elsaß-Lothringen, Thüringen usw.)

Nun ergibt sich aber aus allen diesen Tatsachen die eine, für unsere Frage von bedeutungsvoller Folge: Die Hausindustrie ist das Gebiet der schwächsten Arbeitskräfte. Diese aber sind bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen einer gewissen leichten Ausbeutung durch die Unternehmer mehr ausgesetzt als andere Arbeiter. Diesen Charakter einer Industrie für schwache Personen bezeugen ja auch die traurigen Lohnverhältnisse der Hausindustrie, die so traurig sind, daß sie als Typus des wirtschaftlichen Elends gelten.

Nun denke man sich für eine beratende Industrie eine Gewerkschaft, die nur aus Arbeiterinnen besteht, von ihnen allein geleitet wird. Ob sie überhaupt zu Stande käme, wäre höchst fraglich. Die Gründung des Gewerkschafts der Heimarbeiterrinnen ist ja auch tatsächlich den Anregungen aus anderen Kreisen zu verdanken.

Weiter aber entsteht die Frage, ob die Angehörigen der Hausindustrie nicht zu größerer Aktionsfähigkeit erogen werden können.

Sicherlich aber wird ein solcher Gewerkschaft, wenn ihm keine Hilfe von anderer Seite kommt, keine Fortschritte machen, aber kurz oder lang wieder eingehen oder höchstens nach Art eines Klubs bestehen.

Man könnte einwenden: das mag für die Gegenwart gelten, aber in der Zukunft wird eine „Emancipation“ aus der geistigen Miere auch für die Heimarbeiterrinnen dadurch möglich werden, daß man sie aus ihrem wirtschaftlichen Elend immer mehr heraushebt.

Im wesentlichen wird die Emporhebung zu besseren wirtschaftlichen Verhältnissen eine Aufbesserung der Löhne zur unbedingten Voraussetzung haben. Aber wie steht es nun mit der Möglichkeit der Löhnerhöhung? Die meisten dieser Arbeiterinnen verdienen wenig. So z. B. in vielen Zweigen der Konfektionsindustrie, besonders dort, wo kunstfertige Arbeiten verlangt werden. Da muß auf alle Weise die Ausbeutung durch gewissenlose Unternehmer und Zwischenhändler zu beenden gesucht werden. Dann wird man auch der Frage der „Emancipation“ der Heimarbeiterrinnen näher treten können. Aber in anderen Zweigen der Hausindustrie liegt die Sache so, daß der Unternehmer nur wegen der geringen Entlohnung die Hausindustrie statt der Herstellung in der Fabrik wählt. Steigen hier die Löhne auf die Höhe der Fabrikindustrie, dann wird der betriebsförmige Betrieb der Hausindustrie eingehen. Dann aber kommt für die Heimarbeiterrinnen das gleiche in Betracht, was über die Fabrikarbeiterin zu sagen wäre. Darüber verbreiten wir uns jedoch später.

Ein großes Hemmnis für eine wesentliche Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage der Heimarbeiterrinnen besteht auch darin, daß sie in vielen Fällen Saisonarbeiterinnen sind. Daher wird auch bei einem Steigen der Löhne das Gesamtjahreseinkommen doch oft noch niedrig sein.

Ist nun aber eine Aufbesserung der Löhne für manche Zweige der Hausindustrie möglich, dann bleiben doch noch eine ganze Reihe anderer Zweige, in denen niedrige Löhne nicht zu vermeiden sind, weil die betreffende Arbeit keine volle Arbeitskraft erfordert: sie mag halbarbeitsfähigen Personen, oder solchen, die sich neben anderer Arbeit, z. B. des Haushalts, etwas noch hinzuverdienen wollen, vorbehalten bleiben. Damit erhalten wir aber eine Klasse von Arbeiterinnen, für die das oben Gesagte zutrifft.

„Diese aber bleiben in hilflosbedürftiger Lage“, sie werden der Hilfe von Angehörigen, die nicht ihres Standes, nicht entbehren können.

Aber da kommt denn die Frage auf: sollen Damen der nichtarbeitenden Stände diese Hilfe bringen, oder sollte nicht besser der Arbeiter die Hilfe von anderen Gewerkschaften kommen?

Sicherlich mag eine Heimarbeiterrinnenorganisation enge Fühlung mit den übrigen Gewerkschaften, besonders dem Gesamtverband haben, damit der Gewerkschaft der Arbeiterbewegung als einer Bewegung möglicher Aufbesserung der Arbeitsbedingungen nicht in ihr erklärt. Aber diese Hilfe genügt meistens Entschuldigungen. Es muß eine andere hinzukommen, die den Heimarbeiterrinnen alles das bringt, was der andere Gewerkschaftler durch sich selbst erlangen kann: das Gefühl der Zusammengehörigkeit, gewisse Anregung, Anlaufpunkte gegen so manche Missstände, die in einzelnen, für sich betrachtet, nicht so viel bedeuten, aber in ihrer Gesamtheit das Lebensniveau herabdrücken. Da werden die helfende Hand der Frau mit ihrem Bewußtsein für die Möglichkeiten des Lebens mehr als die Hilfe des Mannes, zumal wenn es sich um der Mehrzahl von weiblichen Personen handelt, denen man helfen will. Und warum soll man den Angehörigen der besser sitzenden Stände die Gelegenheiten nehmen, soziale Beziehungen zu betreiben? Die Arbeitergegenstände sind heute ja so sehr genug.

**Gewerkschaftliche u. soziale Kundtun.**

Die Fortschritte der christlichen Gewerkschaften muß auch das Organ des Kirch- und Arbeitervereins (als Zeitschrift zum Vereinsleben) erwähnen. Arbeitsschutz in Nr. 6: Die christlichen Gewerkschaften sind nicht unerschöpflich geworden, ihr Zweck ist

auf mindestens 50-55 000 Mitglieder geschätzt. Dieser Zuwachs der christlichen Gewerkschaften beschränkt sich nicht allein auf Rheinland-Westfalen, sondern die christlichen Gewerkschaften lassen auch allmählich in Gegenden Fuß, wo man das noch vor einigen Jahren für fast ausgeschlossen hielt. In Ost- und Westpreußen sind sie vorgebrungen, in Mitteldeutschland und selbst im „roten“ Sachsen ist es ihnen gelungen, Filialen ins Leben zu rufen. Können sie es selbstverständlich auch nicht mit den freien Gewerkschaften in ihrer Größe und Mitgliederzahl aufnehmen, so ist es doch immerhin schon als feststehend zu betrachten, daß den freien Gewerkschaften allmählich ein Konkurrent entsteht, den diese nicht andauernd ignorieren können. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die christlichen Gewerkschaften viel jünger sind als die freien Organisationen, und ihr innerer Verwaltungsapparat erst in der Ausbildung begriffen ist. Aber auch hieran arbeiten sie mit allen Kräften. Haben sie doch heute schon einen Beamtensstand von 120 Personen aufzuweisen. Ob da Regierswort, nach dem, solange er an der Spitze der freien Gewerkschaften steht, nie die christlichen Verbände als gleichberechtigte Organisationen anerkannt werden sollen, sich seitens der freien Gewerkschaften bauernd aufrecht erhalten lassen wird, ist sehr zu bezweifeln. Die Tatsachen sind eben eher n. e. r. alle schonen Grundzüge, die man sich zusammenfantasiert.

**Das lange Währt wird endlich gut.**

Unter dieser Überschrift erhalten wir aus Marbach folgende Zuschrift: „Dieselbe bekannte Sprichwort läßt sich mit Recht in dem nun endlich beendigten Prozeß dieses hiesigen Arbeiters mit der Markirter Ortskrankenkasse verwenden, daß der unglücklichen Verwaltung gewisser Arbeitervertreter, deren Klasse um etliche hundert Mark erleichtert hat. Wie bereits in einem Flugblatte (anlässlich der Ergänzungswahlen im Gewerkschaft) bekannt gegeben, werden dort die Arbeitervertreter höchst unparteiisch sowie der Vorsteher einig von der einzig wahren Arbeiterpartei, genannt Sozialdemokratie, vertreten. Deren Parole heißt: Freiheit jedem, der will, was wir vorschreiben. Dem aber diese Freiheit nicht behagt, wird einfach niedergeschrien, oder wie die sechs Vorstandsmitglieder ausgesprochen. Doch zur Sache: Der minderjährige Sohn eines hiesigen Arbeiters mußte infolge eines gefährlichen Weilsens in die Klinik nach Erlangen. Nach erfolgter Operation mußte derselbe nach Verordnung des behandelnden Arztes Dr. Fr. Mabelung zur Herstellung und Erhaltung der Erwerbsfähigkeit besondere Schuhe mit Schienen tragen, die laut Statut § 13, der Markirter Ortskrankenkasse auf deren Kosten fallen. Schuhe mit Schienen kosten 50.50 Mark. Schon übernahm nun der Vater des armen Fußstaplers, der zudem nur mit neun Kindern gezeugt ist, freiwillig die Kosten der Schuhe im Betrage von 20.00 Mark. Den Betrag der Schienen 28 Mark verlangte er von der Krankenkasse. Jeder vernünftige Mensch wird nun denken, daß dies nach Recht und Billigkeit auch zugebilligt wurde, doch weit gefehlt! Die ehelichen Arbeitervertreter der Ortskrankenkasse Markirter weigerten sich ganz entschieden, darüber zu handeln. Dasselbe lautet unter: „Bezahlen der Kasse“.

Die Lieferung von Brillen, Druckbändern und ähnlichen Vorrichtungen der Erkrankten oder zur Herstellung und Erhaltung der Erwerbsfähigkeit nach beendigtem Heilverfahren erforderlich sind.

Unangenehmlich deshalb, weil derselbe sich nicht zur einzig wahren Arbeiterpartei bekannt, kamn diesmal die Statuten nicht in Betracht, handelte es sich doch um einen Christen, für die bekanntlich im Jubiläumstag kein Platz ist, daß sich derjenige nicht so leicht abwenden und wandte sich an die Aufsichtsbehörde. Diese entschied nach Recht und Gerechtigkeit dahin, daß die Kasse zu zahlen habe. Damit war aber die Partei für Freiheit, Gleichheit und Brüderliche nicht einverstanden und brachte die Sache vor das hiesige Amtsgericht. Das Urteil vom 10. 7. 05 lautet: zahlen. Jetzt beschwerte sich der Vater des Beschränkten genannter Kasse, Herr Scholler, einmal vor Zeugen ausgesprochen hatte: „Bezahlen müssen wir, aber wenn er bezahlt sein will, muß er laufen bis nach Colmar zum Landgericht.“ Nach langer Verschleppung vom Juli 1905 bis zum Urteil am 2. Februar d. J. Jahres entschied das Kaiserl. Landgericht, wie nicht anders zu erwarten war: „Nieder zu zahlen und zwar auch die beträchtlichen Unkosten.“

Wegen der geringfügigen Summe von 28 Mark, die einem armen Familienvater von rechtswegen zuziehen, hat nun die Verwaltung der Markirter Ortskrankenkasse es glücklicherweise geschafft, daß auch die Herren Rechtsanwälte etwas verdient haben.

Das Urteil darüber, ob man die Herren Sozialdemokraten die Interessen der Arbeiter vertreten haben, überlassen wir ruhig der Öffentlichkeit. Dieser Fall zeigt wieder einmal, wie „gerecht“ die roten Arbeitervertreter handeln, dort wo sie allein die Fäden in der Hand haben. Ob das so weiter geduldet wird? Wie wäre, wenn die Regierung dem gemeingefährlichen Gebaren der Gewissen endlich ein Ziel setzen und die Verhältnismäßig obligatorisch einführen würde?

**Sozialpolitische Ansichten.**

Bei Gelegenheit der sozialpolitischen Debatten im deutschen Reichstage hat der Staatssekretär Graf von Posadowsky eine bedeutende Rede gehalten. Die Ausführungen lassen erkennen, daß der Staatssekretär für die sozialpolitischen Aufgaben der Regierung Verständnis besitzt. Von konservativer und national-liberaler Seite war jede Arbeiterbewegung bekämpft worden. Die Herren halten es mit dem Herrn Kirchhoff, der die christlichen Gewerkschaften für gefährlicher hält als die sozialdemokratischen. Dieser Auffassung trat Graf von Posadowsky mit Entschiedenheit entgegen. Nach dem Programmatischen Reichstagsbericht sah er die Sozialpolitik an: „Es ist kaum noch das Wort gehört worden, die christlichen Gewerkschaften seien nach und nach als die sozialdemokratischen. Ein solches Wort kommt nur aus Munde, die sich der Gegenwart hingeben, die Arbeiterbewegung mit dem Ziel, den Arbeiter zu einer besseren Stellung und eine größere Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten zu befähigen. Diese ganz und gar bezweckten werden. Wer das sagt, der wird sich getäuscht irren, und nur bei ist in der Lage, zu einer solchen Aufgabe zu kommen, der von einem nicht quantitativ, aber qualitativ gleichmäßig begabtesten Unternehmerrhandpunkt

diese Dinge beurteilt. Aber man muß bei dieser Arbeiterbewegung zwischen einer berechtigten und unberechtigten unterscheiden. Die Sozialdemokratie stellt Forderungen auf, die weder im Gegenwartszustand noch in irgend einem Zukunftszustand erfüllt werden können. Da muß man es doch freudig begrüßen, wenn sich demgegenüber eine christliche Arbeiterbewegung entwickelt, die erklärt: Wir sind auch für eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, aber wir erkennen dieses Ziel im bestehenden monarchischen Staat und innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. (Beifall.) Wenn wir gegenüber den drei Millionen sozialdemokratischen Stimmen Fortschritte machen wollen, so haben wir allen Anlaß, die Bildung einer solchen Arbeiterpartei zu unterstützen (Erneuter Beifall), und nur denjenigen ist sie unangehen, sogar noch unangenehmer als die sozialdemokratische Partei, die jede Forderung der Arbeiter, sei sie auch noch so berechtigt, ablehnen. Es geht mit diesen Leuten vielleicht ähnlich, wie es wohl hier und da einem konstitutionellen Minister geht, der im Parlament tagtäglich die schärfste Kritik über sich ergehen lassen muß und der mit einer gewissen Bequemlichkeit die Zeit zurecht, da die Minister in einem absoluten Staat absolut regierten. Diese Zeiten sind ein für allemal vorbei. (Heiterkeit.)

Wenn im übrigen die Gerechtigkeit, sozialpolitisch tätig zu sein, sich auf absteigender Linie bewegt, so tritt daran die Sozialdemokratie die Hauptrolle, weil sie fortgesetzt mit der Revolution spielt, und weil sie nicht anerkennt, was auf dem Gebiete der Sozialpolitik bisher geleistet worden ist. Auch in der Politik sind strengste Wahrheitsliebe und Gerechtigkeit die beste Zucht.“

Wir begrüßen in den Ausführungen des Staatssekretärs besonders die Abgabe an die Vertreter des absoluten Herrn im Hause Standpunkte. Leider fühlen sich dieselben manchmal nicht nur als Minister, sondern als Könige in ihrem absoluten Industriezuhause. Spüren wir, daß die verständigen Ausführungen des Grafen Posadowsky gebührende Würdigung finden. Wer eine Gefundung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführt, der darf nicht nach Kirchow'schen Rezipien verfahren, für den muß die Lösung lauten: Freie Bahn für die christlich-nationale Arbeiterbewegung.

**Lohnbewegungen und Arbeitsfreiheiten.**

**Nachen.**

Der Zustand der Weber der Firma Marx u. Auerbach ist nach vierjähriger Dauer beigelegt worden.

Der Arbeitgeberverband hat die Forderungen der Arbeiter als berechtigt anerkannt und sind diese infolge dessen von der Firma zugebilligt worden. Die Firma ist sogar nach über die Forderungen hinausgegangen. Die Arbeiter verlangen bei schlecht gehenden Arbeiten einen Mindestlohn von 3 Mk. täglich. Die Firma ist nun verpflichtet, für gutes Material zu sorgen und bei schlechtem Material statt 3 Mk. Mindestlohn den Durchschnittslohn der letzten drei Monate zu zahlen. Die Forderung von 2 Mk. Vergütung für früh eingetretene Kälte, ist nicht bewilligt worden. Jedoch ist auch hier die Firma verpflichtet, gutes Kammermaterial zu beschaffen, aber aber wenn der Weber nicht an Lohn kommt, den Durchschnittslohn der letzten drei Monate zu zahlen. Ferner sind die übrigen Forderungen (30 stündige Stundenlohn, wenn die Weber mit anderer Arbeit beschäftigt werden, sowie 2 Pfg. pro 100 Faden für Entschärfen der Karte, wenn dieselbe außerhalb des Stuhles und nicht vom Weber selbst geknotet wird) bewilligt worden. Bei schlechtem Material ist dem Arbeiter das Rückzahlungsgeld gegeben. Maßregelungen finden nicht statt. Dadurch, daß die Weber die Arbeit einzeln einstellen, war der Zustand noch nicht ganz perfekt geworden. Beträgt bei der Bewegung waren 14 Arbeiter. Davon organisiert im christlichen Arbeiterverband 48, im sozialdemokratischen 14, unorganisiert waren 12.

Darum erschien in den hiesigen Blättern „Echo“, „Vol. Tagesl.“, „Allg. Btg.“ und „Post“ ein gleichlautender Artikel, der in „Echo“ als Zuschrift des Arbeitgeberverbandes der Textilarbeiterin kenntlich gemacht war. Der Artikel lautete:

„In Sachen der zwischenzeitlich erledigten Arbeiterbewegung bei der Firma Marx und Auerbach, hier, ist der Zustand folgender: Die Bewegung dauerte seit Dezember d. J., zu welchem Zeitpunkt sich auch die Untersuchungskommission des Arbeitgeberverbandes mit der Angelegenheit befahte. Es wurde bemerkt festgestellt, daß kein schlechtes Kammermaterial vorlag, und der Weber, die glaubten im Nachteil zu sein, wurde nachgewiesen, daß sie 3.10 bis 4.60 Mk. täglich verdienen, und damit war der Fall erledigt. Späterhin gingen Klagen über ungenügendes Kammermaterial ein, worauf die Firma versprach, auf die Verbesserung der Kasse nach Möglichkeit Bedacht zu sein, und sich bereit erklärte, für Kettenentrichteten, wenn nicht vom Weber selbst geknotet, 2 Pfg. pro 100 Faden zu gewähren. Schon geraume Zeit vorher hatte sie den Stundenlohn von 2 Pfg. auf 3 Pfg. erhöht. Unter dem 6. Februar d. J. erlosch dann der Arbeiterausgleich durch den Arbeiterverband erneut beschwerde wegen schlechten Materials.“ Die Untersuchungskommission des Arbeitgeberverbandes stellte demgegenüber fest, daß das Kammermaterial einwandfrei und so gar tadellos sei, und da schließlich nur ein Weber bezeugt werden konnte, der „nicht an Lohn komme“, behaglos der Vorstand des Arbeitgeberverbandes, der Firma anzuzeigen, in dem fraglichen Falle den Durchschnittslohn der drei letzten Monate zu bewilligen. (Die Weber verdienen im Jahresdurchschnitt weit über 3 Mk. pro Tag.) Es wurde zugegeben, daß nach Erledigung der vorliegenden Angelegenheit von Fall zu Fall eine Prüfung stattzufinden habe. — Alle sonstigen Mittelungen, die über die Angelegenheit veröffentlicht wurden, u. a. Erwähnung eines Mindestlohnes (der grundsätzlich abgelehnt wurde), Lohnbestimmungsrecht des Arbeiterausgleichs, die Behauptung betr. schlechtes Kammermaterial, sowie daß die Forderungen der Arbeiter seitens des Arbeitgeberverbandes als berechtigt anerkannt worden wären, sind unzutreffend.“

Die Absicht des nachstehenden Artikels ging auch unserem Bezirksbureau zu mit folgendem Begleitreiben:

„In der Anlage empfangen Sie Abschrift eines Schreibens betreffend die Angelegenheit Marx u. Auerbach, welches heute an mehrere hiesige Zeitungredaktionen gerichtet wurde. Ich nehme an, daß der Artikel, den „Der Volksfreund“ in seiner heutigen Nummer enthält, nicht von Ihnen angegangen ist, und hoffe, daß Sie die Arbeiter in entsprechender Weise aufklären lassen, damit sich bei denselben keine falschen Vorstellungen festsetzen, die geeignet wären, das gegenwärtige Verhältnis ungünstig zu beeinflussen.“

Hochachtungsvoll  
Arbeitgeberverband der Textilarbeiter zu Nachen.  
Der Vorsitzende H. Delius.

Zur Klarstellung der Angelegenheit sei folgendes festgesetzt:

Am 28. November hatte die Delegierten eine Besprechung in der folgende Forderungen aufgestellt worden: 1. Vergütung für schlechtes Kammermaterial 2 Pfg., 2. Stundenlohn, wenn der Weber bei Warten mit anderer Arbeit beschäftigt wird, 30 Pfg., 3. wenn die Karte außerhalb des Stuhles und nicht vom Weber selbst geknotet, pro 100 Faden für Entschärfen 2 Pfg., 4. bei schlechtem Material den Durchschnittslohn der letzten drei Monate, oder 2 Mk. täglich.

Da der Zustand von der Firma nach Vertrag bisher behauptet abgewiesen wurde, wählte der Vertreter des christlichen Verbandes, dem die Sache zur Regelung überlassen war, am 20. Dezember bei der Firma vorstellig

werden. Herr Dohm erklärte sich bereit, bei schlecht gehenden Arbeiten wie früher Zusatz zu zahlen, den Zusatzlohn auf 30 Pfg. wie vorher setzen zu lassen. Die dritte Forderung, für Entschärfen der Karte nicht geknoteten Karten 2 Pfg. pro 100 Faden zu zahlen, wurde nicht bewilligt; aber diesen Punkt sollte Herr Marx zugunsten. Da die Belegschaft sich damit nicht befriedigt erklären konnte, wurde die Streitfrage dem Arbeitgeberverband übergeben, der am 9. Januar seine Kommission mit ihrer Untersuchung beauftragte. Die Kommission erkannte die Forderungen der Arbeiter als berechtigt nicht an, verpflichtete jedoch die Firma, für gutes Material zu sorgen. In einer Besprechung des Vertreters des Verbandes christlicher Textilarbeiter mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes am 10. Januar verlangte der schriftliche Darstellung der Angelegenheit und nachmalige Untersuchung der Kommission. Das gewünschte Schreiben wurde noch am selben Tage eingereicht.

Die Kommission des Arbeitgeberverbandes erkannte auch jetzt wieder die Forderungen der Arbeiter als berechtigt nicht an, da der Durchschnittslohn 3.10 bis 4.60 betrage, und nach ihrer Ansicht das Material der Firma nicht schlecht sei. Am 6. Februar wurde dem Arbeitgeberverband auf sein Verlangen die Sache nochmals schriftlich unterbreitet. Da den Wünschen der Arbeiter keine Rechnung getragen wurde, beschloß die Belegschaft am 9. Februar, in den Ausstand zu treten. Am Freitag, den 9. Februar, verhandelte die Arbeiterkommission mit dem Vertreter des Arbeitnehmerverbandes im Betriebe selbst. Es wurde dort festgestellt, daß die unterste Partei 1711 etwas besser wäre wie die Partei 1710. Ferner gelang es der Firma selbst ein, daß das Kammermaterial schlecht sei. Auf Punkt drei: für Entschärfen auf nicht selbst geknoteten Karten 2 Pfg. pro 100 Faden, wollte Herr Marx nicht eingehen; erst nach längerer Auseinandersetzung erklärte er sich dazu bereit. Bezüglich des Durchschnittslohnes bei schlecht gehenden Arbeiten wurde in der Verhandlung keine Einigung erzielt. Am Samstag, den 10. d. J., hatte der Vorstand des Arbeitgeberverbandes Sitzung und wurde dem Vertreter des Arbeitnehmerverbandes am 14. folgender Beschluß bekannt gegeben: In den vorliegenden Fällen zahlte die Firma den betreffenden Durchschnittslohn der letzten drei Monate und dasjenige, was die Firma bereits zugestanden hat, 30 Pfg. Stundenlohn und 2 Pfg. pro 100 Faden für Entschärfen nach Position drei. Außerdem ist die Firma gehalten, gutes Material zu stellen. Ferner sollte der fragliche Weber einen anderen Stuhl mit guter Arbeit erhalten. In der Besprechung der Belegschaft am 12. d. J. wurde beschlossen, den Ausstand abzubrechen, wenn die Firma folgende Forderungen bewilligte, die nicht als Neuforderungen zu betrachten waren, sondern lediglich aus den Verhältnissen sich von selbst ergaben: 1. solle der Ausstand, wenn schlechtes Material in Frage kommt, zur Beurteilung des Materials zugezogen werden, 2. sollten keine Maßregelungen stattfinden. Diese beiden letzten Punkte wurden vom Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes als selbstverständlich zugebilligt. Daraufhin beschloß die Arbeiter, die Arbeit am folgenden Tage wieder aufzunehmen.

Zu der Erklärung des Arbeitgeberverbandes für das Textilgewerbe in hiesigen Zeitungen stellen wir folgenden fest: Die Bewegung nahm ihren Anfang schon am 28. November vorigen Jahres, die Kommission des Arbeitgeberverbandes befahte sich aber damit erst seit dem 9. Januar, und nicht, wie behauptet, seit Dezember. Mit dem Beschluß der Kommission des Arbeitgeberverbandes vom 9. Januar gab die Belegschaft sich nicht zufrieden, und so war die Angelegenheit nicht erledigt. Die Klagen über schlechtes Kammermaterial sowie die Wünsche in betreff einer Vergütung bei solchem, sind nicht erst später eingegangen, sondern wurden schon am 28. Nov. geltend gemacht. Die Forderung, für Kettenentrichteten 2 Pfg. mehr pro 100 Faden zu zahlen, wurde erst am 9. Februar bewilligt. Ferner ist es nicht zutreffend, daß am 6. Februar der Arbeiterverband erneut beschwerde über schlechtes Material erhoben hat, denn diese Beschwerde bestand noch immer, da die Sache für die Arbeiter noch nicht erledigt war, und die schriftliche Eingabe unseres Verbandes ist lediglich auf Wunsch der Arbeitgeberverbandes erfolgt. In dem Artikel des „Volksfreundes“ wird nicht behauptet, daß den Arbeitern von der Firma ein Mindestlohn zugesichert ist, sondern daß den Arbeitern bei schlechtem Material — worüber fristigen Falls die Kommission entscheidet — statt eines solchen von 3 Mark, wie uniprüfungsgelobter, der Durchschnittslohn der drei letzten Monate gezahlt werden müsse.

Ein Lohnbestimmungsrecht des Arbeiterausgleichs ist seitens der Arbeiter nicht verlangt worden, wohl aber das Recht, mit gehört zu werden bei Abgabe des Urteils darüber, ob in fristigen Fällen das Material schlecht ist, und dieses Recht ist als selbstverständlich vom Arbeitgeberverband zugegeben.

Die letzte Behauptung in dem Artikel, daß die Forderungen der Arbeiter seitens des Arbeitgeberverbandes als berechtigt nicht anerkannt worden seien, wird wohl durch den Hinweis erledigt, daß alle Verhandlungen in der Sache nur mit dem Arbeitgeberverbande gepflogen wurden, daß aber die Forderungen der Arbeiter bis auf eine bewilligt worden sind, und daß weiter bei dem in Frage kommenden Weber bereits die Entlohnung nach dem Durchschnittslohn der letzten drei Monate vorgenommen worden ist.

**Bohloft.**

Die Firma Buchholter Buntweberei Meier und Cie. teilte ihren Arbeitern mit, daß sie dem Wunsche des christlichen Textilarbeiterverbandes, die Arbeitszeit zu verkürzen, nachkommen wolle. Vom 1. März ab soll die tägliche Arbeitszeit um eine halbe Stunde, (von 10 1/4 auf 10 1/2 Stunden) reduziert werden. Gleichzeitg wird der Lohn um 5% erhöht. Hoffentlich findet das anerkennenswerte Vorgehen dieser Firma recht bald viele Nachahmer.

**M. Gladbach.**

Bei der Firma Barnefeld und Jansen, wo die Weber die Kündigung eingereicht hatten, ist nach zwei Tagen schon eine Verständigung erzielt worden. Die Firma M. Richardson und Cie. hat es nicht zu Differenzen kommen lassen, sondern hat den Wünschen der Arbeiter soweit Entgegenkommen gezeigt, daß diese zufrieden waren und von weiterem Abstand genommen haben. Entgegenkommen fanden die Arbeiter bei der Firma Brüel und Cie., den zehnjährigen Arbeitszeit sagte die Firma zu. Wegen einer Lohnverhöhung wurde der Arbeiterausgleich beauftragt, weiter zu verhandeln. Unzufrieden mit dem Erreichten waren die Arbeiter der Firma G. v. Junckers in Rheinholt, die Firma hat eine Lohnverhöhung von 8% bewilligt. Die Arbeitslöhne stehen anderen Firmen aber trotz dieser Erhöhung noch bedeutend nach. Auf Verhandlungen, welche verschiedentlich versucht worden sind, wollte sich die Firma nicht einlassen. Es wurde dort zur Kündigung geschritten. 99 Weber haben und etwa 18 Angehörige derselben werden gelündigt. Hoffentlich wird aber eine Verständigung vor Ablauf der Kündigung erzielt werden.

**Aus dem Verbandsgebiete.**

**Erfolge der Hausagitation.**

|                  |           |           |         |
|------------------|-----------|-----------|---------|
| Delmenhorst      | 36 männl. | 11 weibl. | 47 zuf. |
| Ellenburg        | 1         | 1         | 2       |
| Bremen           | 2         |           | 2       |
| Häuner-Göttingen | 11        | 15        | 26      |

|                 |    |        |    |        |    |      |
|-----------------|----|--------|----|--------|----|------|
| M. Gladb. Gehr  | 1  | männl. | 9  | weibl. | 10 | zus. |
| Zork i. L.      | 71 | "      | 27 | "      | 98 | "    |
| Krefenbach      | 17 | "      | 1  | "      | 18 | "    |
| Krefeld V       | 3  | "      | 5  | "      | 8  | "    |
| Selenabrunn     | 14 | "      | 8  | "      | 22 | "    |
| Dsnadwick       | 15 | "      | 1  | "      | 16 | "    |
| Dsnadwick       | 17 | "      | 1  | "      | 17 | "    |
| Oberhof         | 2  | "      | 3  | "      | 5  | "    |
| Neiviges        | —  | "      | 2  | "      | 2  | "    |
| Mühlhausen N.   | 3  | "      | —  | "      | 3  | "    |
| Mühlhausen E.   | 10 | "      | —  | "      | 10 | "    |
| Mesum           | 13 | "      | 4  | "      | 17 | "    |
| Schwörstadt     | 12 | "      | 6  | "      | 18 | "    |
| Rheinbach       | 36 | "      | 6  | "      | 42 | "    |
| Rheide          | 27 | "      | 14 | "      | 41 | "    |
| Reil            | 3  | "      | 1  | "      | 4  | "    |
| Wiesfeld        | 4  | "      | 6  | "      | 10 | "    |
| Schiffbeck      | 2  | "      | 1  | "      | 3  | "    |
| Deffingen       | 50 | "      | 30 | "      | 80 | "    |
| Lüdinghausen    | 2  | "      | —  | "      | 2  | "    |
| Langenberg      | 3  | "      | 2  | "      | 5  | "    |
| Lambrecht       | 37 | "      | 12 | "      | 49 | "    |
| Süppingen       | 5  | "      | 15 | "      | 20 | "    |
| Guenheim        | 1  | "      | —  | "      | 1  | "    |
| Golmar          | 5  | "      | 3  | "      | 8  | "    |
| Goefeld         | 53 | "      | 41 | "      | 94 | "    |
| Bodum           | 17 | "      | 3  | "      | 20 | "    |
| Schwelm         | 3  | "      | 3  | "      | 6  | "    |
| Greiz           | 28 | "      | 24 | "      | 52 | "    |
| Windberg        | 18 | "      | 7  | "      | 25 | "    |
| Benn            | 7  | "      | 4  | "      | 11 | "    |
| Bera            | 4  | "      | 6  | "      | 10 | "    |
| Hainstetten     | 12 | "      | 14 | "      | 26 | "    |
| Offenburg       | 2  | "      | 1  | "      | 3  | "    |
| Neustadt D.-S.  | 15 | "      | 1  | "      | 16 | "    |
| Borgharf        | 19 | "      | 60 | "      | 79 | "    |
| Bieren II       | 6  | "      | 7  | "      | 13 | "    |
| Lobberich       | 17 | "      | —  | "      | 17 | "    |
| Waldfrauenhöhe  | 15 | "      | 7  | "      | 22 | "    |
| Harderbr.-Weich | 55 | "      | 10 | "      | 65 | "    |
| Blumenberg      | 32 | "      | 10 | "      | 42 | "    |
| Brenck          | 9  | "      | 2  | "      | 11 | "    |

**Amerst. Georg.** Am 4. Februar hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Kassierer Piepen erstattete den Jahresbericht, zuerst vom letzten Quartal, dann den Jahresbericht. Die Revisoren erklärten, alles in guter Ordnung gefunden zu haben. Jetzt erfolgte die Vorstandswahl. Unser langjähriger Vorsitzender, Kollege Winkels, verzichtete seines hohen Alters wegen auf eine Wiederwahl. An dessen Stelle wurde fast einstimmig Kollege Peter Bürger gewählt. Als Vorstandsmitglieder wurden Kassierer Joh. Piepen wieder- und Heinrich Weiten neu gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Anton Hornes und Jakob Hennekes gewählt. Alle nahmen die Wahl dankend an. Punkt drei der Tagesordnung wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Nachdem noch einiges erledigt war, wurde die Versammlung geschlossen.

**Altenberg.** Zu einer großartigen Kundgebung für unsere christliche Gewerkschaftsjahre gestaltete sich die am 11. Februar im Lokale des Herrn Stammen tagende, große öffentliche Agitationsversammlung. Dieselbe war einberufen von den Vorständen des christl. Textil- und Bergarbeiterverbandes. An 400 Personen, darunter viele Frauen und Mädchen, waren anwesend. Kollege Reul als Leiter der Versammlung wies in seiner Eröffnungsrede kurz auf den Zweck der Veranstaltung hin. Den ersten Punkt der Tagesordnung behandelte Frau Köhling aus Düsseldorf. Dieselbe ermahnte die Arbeiterinnen recht dringend, als christliche Kolleginnen mitzuwirken, die Lage des Arbeiterstandes zu heben. Kollege Müller aus Eupen referierte über die Verdrängung und Durchführbarkeit der christlichen Gewerkschaftsarbeit. Kollege Käfer aus Morsbach ergänzte beide Referate. Reicher Beifall wurde jedem Vortrage gezollt. Eine Diskussion über diese Referate wurde nicht gewünscht. Einem aus der Versammlung heraus gerichteten Wunsch zufolge machte der Vorsitzende die Gerichtsverhandlung bekannt, in welcher ein hiesiger Meister sich die Fälle gerichtlich beweisen lassen mußte, wo er seine Stelle dazu benutzte, Kunden für sein Geschäft zu bekommen, welches er nebenbei betreibt. Nach einer Aufforderung, rege den christl. Berufsverbänden beizutreten, fand die Versammlung ihr Ende.

**Warmen.** Die diesjährige Generalversammlung unserer Ortsgruppe fand am 4. Februar statt und war gut besucht. Zuerst gab Kollege Waller den Jahresbericht, woraus hervorging, daß unsere Mitgliederzahl von 150 auf 203 gestiegen ist. Aus dem nun folgenden Jahresbericht ergab sich, daß der Bestand unserer Ortsgruppenkasse sich im vergangenen Jahre verbessert hat, so daß wir einen Kassensbestand von 197,35 Mark aufzuweisen haben. In der Vorstandswahl wurden folgende Kollegen gewählt: Vorstandsm. Kästner, 14. erster Vorsitzender, Gustav Waller, Kassier, 55. zweiter Vorsitzender, Fritz Schilling, 37. Kassierer, Otto Rath, 25. Schriftführer. Albert Schlich und Otto Kästner als Beisitzer. Die Kollegen Wilhelm Ratsche und Aug. Kiewinghaus wurden als Revisoren wiedergewählt. Zu Kartelldelegierten und Vertreter für die soziale Kommission wählte man die Kollegen Richard Bergmann, Aug. Dowlitz und Fritz Schilling. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen, ihr bestes Können einzusetzen für die Ausbreitung unseres Verbandes. Unter Punkt Verschiedenes sprach ein Kollege die Hausagitation zur Sprache und schlug vor, die Betriebsvertrauensmänner sollten sich die Adressen von gleichgesinnten Mitarbeitern beschaffen, damit dieselben so häufig besucht werden können. In der nun folgenden lebhaften Diskussion wurde durch Schürbung der jetzt stattfindenden Bewegung unter den hiesigen Miendredern gezeigt, wie notwendig Betriebsvertrauensmänner sind. Es meldeten sich auch eine Anzahl Kollegen freiwillig zu diesem Amt, so daß wir jetzt in der meisten größeren Betrieben Vertrauensmänner haben.

**Kollegen und Kolleginnen!** Ihr habt gezeigt, daß ihr, wenn ihr nur wollt, auch zahlreich erscheinen könnt. Sorgt in Zukunft dafür, daß wir immer so gut besuchte Versammlungen haben wie die Generalversammlung. Der Vorstand wird sich mögliches tun, um dieselben interessant zu machen. Er scheint in der nächsten Versammlung am Samstag, den 24. Februar, abends punkt 9 Uhr bei Herrn Parmentier 3. Kollege Blankenagel wird dann einen Vortrag halten.

**Vamberg.** Unsere Ortsgruppe hielt am 3. Februar in GutsMuth eine Versammlung ab, welche von einer hübschen Anzahl Kollegen besucht war. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Vamberg, Kollege Buchfelder, eröffnete die Versammlung und erteilte sodann das Wort dem als Referenten hierhergekommenen Kollegen Geier. In klarem und ausführlichem Vortrage verbreitete sich dieser über die Notwendigkeit der Organisation. Der Referent ging des Näheren ein auf die mannigfachen Mißstände, welche in der gesamten Industrie, ganz speziell aber in der Textilbranche herrschen, und gab als Ant-

wort auf die bei Betrachtung dieser Schäden unwillkürlich laut werdende Frage, auf welche Weise wohl am besten Abhilfe geschaffen werden könne, die Mahnung: Nicht das Schimpfen auf die Arbeitgeber und das Jammern über die schlechten Zeiten, über die Konjunktur und die vielen anderen Uebelstände in den Arbeitsräumen führt eine Besserung herbei, sondern einzig und allein eine festgefügte, möglichst starke Organisation ist imstande, Wandel zu schaffen. In der regen Diskussion wurde zu wiederholtenmalen die dringende Notwendigkeit des Zusammenschlusses betont und die Aufforderung an die dem christl. Textilarbeiterverbände noch fernstehenden Kollegen gerichtet, unverzüglich in denselben einzutreten, welchem Rufe auch eine Anzahl der anwesenden Kollegen Folge leistete. Es wäre nur zu wünschen, daß alle übrigen, dem christl. Textilarbeiterverbände noch nicht zugehörigen Arbeiter der Textilbranche das Beispiel ihrer Kollegen nachahmen und in Wärme dem Verbandsbeitreten möchten, auf daß dieser infolge seiner Stärke Erpressliches zum Wohle seiner Mitglieder erzielen könne. Auf in die christliche Organisation!

**Strate-Wilke.** Am 4. Februar hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Dieselbe war recht gut besucht. Als erster Punkt erstattete unser Kassierer Hellmann den Jahresbericht. Da Bücher und Kasse in Ordnung befunden waren, wurde demselben Entlastung erteilt. Darauf folgte Neu- bzw. Wiederwahl des Vorstandes. Dieser Punkt wurde sehr rasch erledigt. Für den bisherigen stellvertretenden Kassierer wurde Kollege W. Winkels als Kollege gewählt. Für den bisherigen Beisitzer Kollege W. Schlichter. Neuzugewählt für Miße wurde als Vertrauensmann Kollege H. Güse. Im übrigen wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Dann ging Kollege Henke noch ein auf unsere Stellung zum Kartell. Es wurde mit großer Mehrheit für das Ableben der Kartellmarken gestimmt. Kollege Henke empfahl noch dringend das Leiden des Verbandsorgans. In die Versammlung schloß sich eine Kassengebührensammelaktion, und wurden die Anwesenden noch einige Stunden in der schönsten Weise unterhalten, durch Gesang und andere gut ausgewählte Vorträge. Diese Feier wird uns noch lange in schönster Erinnerung bleiben, wo gewerkschaftliche Vieder mit patriotischen abwechselten und uns die Stunden so schnell dahin schwinden ließen. Es trat auch hier wieder deutlich hervor, daß nur da ein gesunder Geist in der Gewerkschaft weht, wo dieselbe auf christlich-nationalen Boden steht.

**Blachbach.** Unsere öffentliche Versammlung am 4. Februar war leider schwach besucht. Bezirksvorsitzender Striedel-Augsburg referierte über „das Verhalten der süddeutschen Textilfabrikanten zum Rehnstundentag“. Der Referent führte zunächst aus, daß gerade die Textilarbeiter, insbesondere die Frauen und die Kinder, unter der langen Arbeitszeit zu leiden hätten. Die süddeutschen Textilindustriellen hätten vor 3-4 Monaten bekannt gegeben, daß ab 1. Januar 1906 der 10-Stundentag eingeführt werde mit einer 10prozentigen Lohnerhöhung. Eingeführt wurde derselbe aber nur an solchen Orten, wo die Organisation der Arbeiter stark war. Die anderen Arbeiter können warten, bis der Rehnstundentag gesetzlich festgelegt ist. Hier in Blachbach erhielten die Arbeiter als Ersatz eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 3%; dafür wurde aber teilweise die Gangart der Maschinen beschleunigt. Aus dem Verhalten der Arbeitgeber könne man zur Genüge ersehen, daß der einzelne Arbeiter nichts vermöge, darum müßten wir immer und immer wieder mahnen: „Fort mit dem Individualismus, hinein in die Organisation; denn nur Einheit macht stark.“ Den Ausführungen des Referenten wurde lebhafter Beifall zu teil. Nach einem kräftigen Schlußwort wurde die Versammlung geschlossen.

**Worum.** In Stelle des durch Krankheit verhinderten Vorsitzenden, Kollegen Meyer jr., leitete der Schriftführer unsere Generalversammlung am 11. Febr. Der Jahresbericht, welcher ebenfalls vom Schriftführer gegeben wurde, ergab ein zufriedenstellendes Resultat. Aus demselben sei nur bemerkt, daß im vergangenen Jahre 13 Mitglieder neu eingetreten sind, so daß unsere Ortsgruppe, welche am Anfang des Jahres 31 Mitglieder zählte, nunmehr nach dem 2. Austraten 2 austraten und ein Mitglied verstorben ist, 41 Mitglieder zählt. Auch die Kassenverhältnisse waren keine schlechten. Nachdem die Revisoren erklärt, Bücher und Kasse in Ordnung gefunden zu haben, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf schritt man zur Wahl resp. Neuwahl des Vorstandes. Da der Vorsitzende, Kollege Meyer, auswich und niemand etwas gegen denselben einzuwenden hatte, wurde er einstimmig wiedergewählt. Weil nun unsere Ortsgruppe seit Anfang dieses Jahres die Zahl 50 überschritten hat, wurde noch ein Vorstandsmittelglied hinzugefügt und zwar der Kollege Peter Müller. Hierauf wurden die Kollegen Hermann und Peter Käppers als Revisoren für das laufende Jahr gewählt. Bei Punkt Hausagitation wurde betont, daß es leider trotz eifriger Bemühungen der Vertrauensmänner und auch aller anderen Kollegen nicht möglich war, mehr zu leisten. Betreffs Anschluß an das christliche Gewerkschaftskartell zu Krefeld einigte man sich dahin, den Jahresbericht deselben abzuwarten und dann in der nächsten Versammlung endgültig zu beschließen. Unter Punkt Verschiedenes wurde dann noch der unbefriedigende Besuch der Versammlung gerügt, sodann wurde die Generalversammlung gegen 1 Uhr vom Schriftführer mit einigen anregenden Worten geschlossen.

**NB.** Den Mitgliedern zur Kenntnisnahme, daß Krankheitsfälle sofort dem Schriftführer, Kollegen Heinrich Käppers, Schriftf. 17, bekannt gemacht werden müssen. Der Krankenschein muß jeden Freitag abends zwischen 7 bis 9 Uhr vorgelegt werden, worauf dann die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt. (Die Krankenzahl beträgt 7 Tage.)

**Dülmen.** In der Mitgliederversammlung am 4. Februar hielt Kollege Wewerinke einen lehrreichen Vortrag über das Koalitionskartell. In diesen schloß sich eine kurze Diskussion. Darauf Wahl von drei Delegierten zum Kartellkartell. Weiter kamen noch verschiedene Mißstände in den hiesigen Krankenkassen zur Sprache. Ein jeder Kollege muß dafür sorgen, daß bei der nächsten Vorstandswahl nur Kollegen in diese kämen, dann würden diese Zustände schon beseitigt werden. Infolge des zu gunsten der Bauarbeiter ausgefallenen Streiks hat sich unsere Ortsgruppe ziemlich vermehrt. Nachdem noch mehrere geschäftliche Angelegenheiten erledigt, wurde die Versammlung geschlossen.

**Dülmen.** Am 4. Februar fand die Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe statt. Zuerst wurde des verstorbenen Mitgliedes Heinrich Greiß durch Erhebung von den Eiden gedacht. Darauf gab der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal. Die anwesenden Revisoren erklärten, Bücher und Kasse in schönster Ordnung befunden zu haben, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Punkt zwei, Vorstandswahl. Es schieden aus, Eduard Höpman und Wilhelm Jakob, beide wurden jedoch wiedergewählt und nahmen auch im

Interesse der guten Sache die Wahl dankend an. Dann wurde vom Vorsitzenden der Verlauf der Wehnachtsfeier besprochen und die Mitglieder ermuntert, auch so die Versammlungen zu besuchen und forderte die Mitglieder auf, für die am 11. März stattfindende öffentliche Versammlung tüchtig zu agitieren. Nach einer kurzen Diskussion wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

**Etterf a. b. Sieg.** Sehr stark besucht war unsere am 11. Februar abgehaltene öffentliche Versammlung, wobei der geräumige Saal des Herrn Schiefer die Besucher kaum zu fassen vermochte. Der Vorsitzende Dangert begrüßte die Teilnehmerinnen und bat genau auf das Gebotene zu achten und davon den richtigen Gebrauch zu machen. Kollege Schaffrath-Düffel sprach über Berechtigung, Zweck und Ziele der christlichen Gewerkschaften. Redner führte den Beweis, daß unsere Bestrebungen nach jeder Hinsicht berechtigt seien. An der Hand des Statuts sprach er dann die Leistungen unseres Verbandes. Von der erschienenen hochw. Geistlichkeit nahm Herr Vikar Eger das Wort und forderte gleichfalls zum Anschluß an die christlichen Gewerkschaften auf. Hier würden die Interessen der Arbeiter in wirksamer und richtiger Weise vertreten. Der Arbeiter, der seinen Pflichten nachkäme, habe auch seine Rechte, die ihm niemand verkümmern dürfe. Reicher Beifall wurde den Rednern zu teil. Eine große Zahl der Anwesenden ließ sich aufnehmen, und konnte der Vorsitzende Dangert am Schluß der Versammlung konstatieren, daß die Ortsgruppe Etterf, obwohl eine der jüngsten Gruppen unseres Verbandes, trotzdem eine respektable Anzahl Mitglieder zähle und bald das zweite Hundert voll sei.

**Erkenbach.** Am 10. Febr. hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung ab. Als Referentin war Frä. Knorr aus Freiburg gewonnen, was eine große Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen herbeilodete. In allerletzter Stunde traf auch noch Gewerkschaftssekretär Brendel aus St. Johann auf seiner Durchreise hier ein. Zuerst sprach Sekretär Brendel über die Entwicklung der Volkswirtschaft und der Industrie, alsdann über die unbedingte Notwendigkeit der Arbeiterorganisation. Darauf ergriff Fräulein Knorr das Wort zu ihrem Referat, worauf alle Anwesenden sehr gespannt waren. In sehr geschickter Weise wies sie auf die vielen Mißstände hin, welche heutzutage in der Textilbranche noch vorkommen und die sie zum großen Teil als ehemalige Textilarbeiterin kennen gelernt hat. Ebenso schilderte Rednerin die großen sittlichen Gefahren der Fabrikarbeit für Arbeiterinnen. Zum Schluß forderte sie die Anwesenden, besonders die Arbeiterinnen auf, doch sofort dem christlichen Verbände beizutreten. Beide Referenten ernteten reichen Applaus. Die anschließende Diskussion war recht lebhaft. Besonders ist zu erwähnen, daß die zahlreich anwesenden Fräulein-Damen sich mit den Ausführungen der beiden Referenten einverstanden erklärten und ihnen ihren öffentlichen Dank aussprachen. Einige Neuaufnahmen wurden gemacht. Nachdem erfolgte Schluß der schon verlaufenen Versammlung.

**Guenheim-Wilfährchen.** Die am 4. Februar abgehaltene Generalversammlung war ziemlich gut besucht. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe, hielt einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr und gedachte dann kurz des am Tage vorher verstorbenen Herrn Pfarrers von Guenheim. Die Anwesenden waren sichtlich gerührt von den Worten, denn alle waren sich bewußt, daß wir in ihm einen treuen Freund des Arbeiterstandes verloren haben, der uns noch bei der vorigen Zusammenkunft einen fernigen Vortrag gehalten hat. Die Versammlung ehrte das Andenken des teuren Dahingegangenen durch Erheben von den Eiden. Sodann erstattete der Kassierer den Jahresbericht vom letzten Quartal und wurde ihm Entlastung erteilt. Unter Punkt zwei gelangte ein Antrag der Ortsgruppe GutsMuth zum Anschluß an das christliche Gewerkschaftskartell GutsMuth zur Annahme. Nunmehr wurde zur Vorstandswahl geschritten. Durch das Los waren der Vorsitzende, Kollege Wilsberg, und der Kassierer, Kollege Wesenich, ausgeschieden, welche beide wiedergewählt wurden. Kollege Marx hielt noch ein kurzes Referat über das Gewerbegericht, welches recht geschickt zur Geltung kam. Nachdem unter Verschiedenes noch manches anregende Wort gesprochen war, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Gera.** In Vertretung des verhinderten Vorsitzenden eröffnete Kollege Hidenicher am 9. Februar unsere Monatsversammlung. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde verlesen und richtig gehalten. Der anwesende Kollege Mümmels referierte nun über den Rehnstundentag. In der anschließenden Debatte war die Frauenarbeit Gegenstand lebhafter Erörterungen. Auf Grund des § 5 a des Statuts wurde der frühere Kollege S. Hock einstimmig aus dem Verbände ausgeschlossen. Am 4. März soll ein Familienabend stattfinden, zu welchem unsere Mitglieder zahlreich zu erscheinen ersucht werden.

**Glauchau i. S.** Unsere Monatsversammlung am 3. Februar hatte sich eines mäßigen Besuches zu erfreuen. Nachdem der Kassierer, Kollege Weppeler, Rechnung vom letzten Vierteljahre abgelegt hatte, welche von den Revisoren geprüft und als in bester Ordnung gefunden war, wurde ihm Entlastung erteilt. Der darauffolgende Vortrag des Bezirksvorsitzenden Mümmels, Aufgaben der christlichen Gewerkschaften, nebst einer Statistik über Vermögen und Mitgliederzahl derselben, wurde beifällig aufgenommen. Zum bevorstehenden ersten Stiftungsfeste soll der Reinertrag nur zu Unterstützungszwecken verwendet werden.

**Glückauf a. b. Lenna.** Der Gedanke der christlichen Gewerkschaftsbewegung hat sich bereits bis in unsere abgelegene Gegend durchgerungen, ein Zeichen seiner werdenden Kraft. Früher oder später müssen ja die Gewerkschaften dort Fuß fassen, wo die modernen Industrieverhältnisse vorherrschen. Gewerkschaften mußten kommen, darüber waren sich die hiesigen Arbeiter bereits einig geworden. Von eigentlichen Wesen der Arbeiterorganisationen hatten dieselben aber noch keine klare Vorstellung. Die nötige Aufklärung in dieser Hinsicht zu schaffen, hatten wir am 11. Febr. eine öffentliche Versammlung abgehalten. Dieselbe war überfüllt. Zeitweise stundenlang waren die Arbeiter herbeigezogen, um den Ausführungen des Kollegen Köhling-Düffeldorf zu lauschen. Die Vertreter der Geistlichkeit beider Konfessionen waren ebenfalls erschienen. Kollege Köhling behandelte in einem längeren Vortrage Wesen und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. In der Diskussion sprach ein Kollege vom Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter ganz im Sinne des Referenten. In seinem Schlußworte richtete der Referent wärmstens ermahrende und beleh-

rende Worte an die Arbeiter. 27 Kollegen traten sofort dem Verbands bei, und ist berechtigte Hoffnung vorhanden, daß die Arbeiterkraft der hiesigen Gegend jetzt zahlreich den christlichen Gewerkschaften zufließen wird, damit auch bald für die anderen Berufe Zahlstellen können gegründet werden.

**Göppingen.** Unsere Generalversammlung am 21. Januar erfreute sich eines ziemlich guten Besuches. Aus dem Rückblick auf das verfloßene Jahr ist hervorzuheben, daß unsere Ortsgruppe im letzten Quartale 10 Aufnahmen zu verzeichnen hatte. Nach Verlesung des Protokolls erstattete der Vorsitzende, Kollege Rot, Rechnungsablage vom verfloßenen Jahre. Nach Verlesung des Kassensberichts durch Kollegen Schüttel wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Die ausscheidenden Kollegen Gahner als Schriftführer und Müller als Vertrauensmann wurden wiedergewählt. Neugewählt wurden, Nägele Alois als Kassierer, Degele und Meuler als Revisoren. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl dankend an. Zu erwähnen wäre noch, daß Bezirksvorsitzender Striedel einen Vortrag zu halten beabsichtigt hatte, da aber die Zeit schon zu weit vorgegriffen, streifte derselbe nur kurz einige Punkte betreffs die Notwendigkeit der Agitation, worauf er reichlich Beifall fand, und somit erreichte die Versammlung ihr Ende.

**Harderbr.-Weich.** Am 29. Jan. hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Nachdem der zweite Vorsitzende, Kollege Defaat, die Versammlung eröffnet, warf er einen Rückblick auf das verfloßene Geschäftsjahr und erteilte dem Kassierer, Kollegen Johann Krien den Wort zum Kassensbericht. Nachdem Kollege Krien denselben erstattet, wurde ihm auf Antrag des Revisors Haberkamp Entlastung erteilt. Nun wurde zur Vorstandswahl geschritten und folgende Kollegen neu resp. wiedergewählt: Johann Krien, Kassierer, Jakob Nig, Schriftführer, Wilhelm Berg, Beisitzer. Hierauf leitete der Vorsitzende mit, daß durch das stete Anwachsen unserer Ortsgruppe einzelne Reviere zu groß würden und sich das Teilen der zwei größten Reviere empfehle, welches von der Generalversammlung gutgeheißen wurde. Es wurden als Vertrauens- und Ersatzmänner folgende Kollegen gewählt: Dautenberg, Eproten, Bomberg, Bonnes, Schilling, Blotmann, Berg, Beyer, Wilm, Stromenger, Ahnberg, Herberg, Homann, Kaufhof, M. Schren, Schönen, F. Schren und Kotthoff. Zu Kassensrevisoren wurden die Kollegen Haberkamp und Hillekamp ernannt. Aus der Wahl als Kartelldelegierte gingen die Kollegen Defaat, Berg, Kreyen, Kotthoff, Pardon und Schilling hervor. Unter Verschiedenes verlas der Vorsitzende einen Antrag des Kollegen Haberkamp, dahin lautend, dem jeweiligen Kassierer eine Vergütung von 1 bis 2 Mk. pro Monat zu bewilligen, der Antrag wurde von Kollege Berg auf 3 Mk. erweitert und mit großer Majorität angenommen. Ein weiterer Antrag des Kollegen Berg zielte dahin, die Generalversammlung möchte Stellung nehmen bezugs Anstellung zweier weiterer Beamten für unseren Bezirk. Der Antrag rief eine lebhafteste Diskussion hervor zwischen den Kollegen Berg und Hillekamp und wurde der Antrag im Sinne des Kollegen Hillekamp einstimmig angenommen. Ferner wurde die Hoflektüre noch angeschritten und empfohlen, in Wärme mit den Sammlungen für den nächsten Winterbedarf beginnen zu wollen. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Hehn.** Infolge verschiedener Geschäftlichkeiten am Orte fand unsere diesjährige Hauptversammlung eigentl. zu spät statt, nämlich am 4. Februar. Der Besuch war zufriedenstellend. Der Verlauf der Versammlung war schön. Es herrschte eine freundliche Stimmung. Als Vertreter der Agitationskommission war Kollege Moor-M. Gladbach erschienen. Unser bisheriger Vorsitzender, Kollege Heinen, trat von seinem Posten zurück und wurde dafür Kollege Heinrich Meurer gewählt. Der bisherige Schriftführer, Kollege Peter Ehler, wurde wiedergewählt. Zu Vertrauensleuten wurden die Kollegen Joh. Dehlers, Joh. Käppers und Joh. Meurer einstimmig gewählt. Die beiden erstgenannten Kollegen hatten schon kurze Zeit ihr Amt verwaltet und hatten sich freiwillig gemeldet. Letzterer hatte schon 4 Jahre sein Amt freiwillig verwaltet. Als Revisoren wurden gewählt Joh. Heinen und Peter Stappen. Das Krankengeld wird in Zukunft jeden Sonntag, von 11-12 Uhr, beim Kassierer Michael Walbed ausgezahlt. Außerhalb dieser Zeit findet keine Auszahlung statt. Der Bücherwechsel ist künftig jeden ersten Sonntag im Monat nach dem Hochamt, bei Vorh.

**Hermannsgrün (Greiz).** Sonntag, den 4. Februar, fand im „Reußischen Hof“ unsere erste Filialversammlung statt. Kollege Beer-Greiz leitete die Versammlung und gab den Jahresbericht über die Gesamtortsguppe. Weitere Ausführungen verschiedener Art folgten dann. Die nächste Versammlung hier findet am 25. März statt, nachmittags 3 Uhr. Es ist zu wünschen, daß die Mitglieder den Versammlungen mehr Interesse entgegenbringen und dieselben noch zahlreicher besuchen.

**Hochneukirch.** Am 4. Februar hielt unsere Ortsgruppe die übliche Generalversammlung ab, welche mäßig besucht war. Nachdem der Vorsitzende dieselbe eröffnet hatte, erstattete derselbe, weil der Kassierer erkrankt ist, den Kassensbericht. Da Kasse und Bücher von den Revisoren in Ordnung gefunden waren, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Nun wurde zur Vorstandswahl geschritten. Die ausscheidenden Mitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. An Stelle der ausscheidenden Vertrauensleute Reinartz und Scharfhausen, wurden Fritz Effer und Wilhelm Görig gewählt, für Hachhausen Franz Käppers. Als Revisoren wurden Joseph Wingen und Franz Jagfeld neugewählt. Zum Punkt Hausagitation wurde der Versammlung mitgeteilt, daß durch dieselbe 13 Arbeiter und zwei Arbeiterinnen gewonnen wurden. Nach Erledigung der Tagesordnung sprachen einige Kollegen über die Art und Weise, wie unsere Verbandsverhältnisse am hiesigen Orte am besten gefördert werden können, besonders wurde die Abhaltung von Fabrikversammlungen empfohlen. Nach einigen Worten herzlichen Dankes von Seiten des Vorsitzenden an die erschienenen Ehrengäste, Herrn Hartverwalter Bonekamp und Herrn Hauptlehrer Bedau, wurde die Versammlung geschlossen.

**Freiwitz-Greiz.** In unserer ersten Filialversammlung am 10. Februar gab Kollege Beer den Jahresbericht der Ortsgruppe Greiz. Darauf wurde Kollege Albin Weibe als Donator für die Filiale Freiwitz einstimmig gewählt. Kollege Mümmels sprach nun über Pflichten und Aufgaben eines christlichen Gewerkschaftlers. Die christlichen Gewerkschaften arbeiten an der wirtschaftlichen und geistlich-sittlichen Erhebung des Arbeiterstandes auf Grund praktischer Sozialreform. Jeder einzelne soll ein lebha-

